

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
31.05.2022

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Mobilitätswende in Lüneburg zu Lasten bewegungseingeschränkter Personen, Familien mit Kindern und älteren Menschen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2022, eingegangen am 31.05.2022)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	15.06.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	23.06.2022	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag "Mobilitätswende in Lüneburg zu Lasten bewegungseingeschränkter Personen, Familien mit Kindern und älteren Menschen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2022, eingegangen am 31.05.2022)

Beschlussvorschlag:

s. Antrag "Mobilitätswende in Lüneburg zu Lasten bewegungseingeschränkter Personen, Familien mit Kindern und älteren Menschen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2022, eingegangen am 31.05.2022)

Anlagen:

Antrag "Mobilitätswende in Lüneburg zu Lasten bewegungseingeschränkter Personen, Familien mit Kindern und älteren Menschen" (Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2022, eingegangen am 31.05.2022)

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Stadtratsfraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 –
Frau

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch

Hansestadt Lüneburg

Am Ochsenmarkt 1

21335 Lüneburg

30.05.2022

Mobilitätswende in Lüneburg zu Lasten der bewegungseingeschränkten Personen, Familien mit Kindern und älteren Menschen stoppen!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch,

zur nächsten Ratssitzung stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag - der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Varianten zur deutlichen Verbesserung des Stadtbusverkehrs zu erarbeiten, dies in öffentlichen Bürgerversammlungen vorzustellen und letztlich im Rat beschließen zu lassen, bevor es zu einem Fahrplanwechsel kommt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auch ihre Vorschläge zur Aufhebung von innerstädtischen Parkplätzen im Rahmen einer öffentlichen Bürgerversammlung und unter Beteiligung der Verbände zu diskutieren, bevor der Rat der Hansestadt abschließend entscheidet.

Begründung:

Die von den Verwaltungen von Hansestadt und Landkreis vorgeschlagenen Änderungen des Stadtbusverkehrs gerade auf den Linien 5002 (Bardowick, Zeltberg), 5014 (Kreideberg) sind nicht akzeptabel und müssen überarbeitet werden. Die Empfehlung des Mobilitätsausschusses kann so nicht umgesetzt werden. Eine Entscheidung der städtischen Gremien liegt dazu auch noch nicht vor, da der Ausschuss nicht beschließen darf. Der Stadtbusverkehr muss besser und nicht schlechter werden. Wer mit dem Bus in die Stadt fährt, der muss seinen Arzt, die Geschäfte und Treffpunkte ohne lange Fußwege oder Umstiege erreichen. Und so auch wieder nach Hause fahren können.

Pendler brauchen eine gute Vertaktung mit dem Metronom, auch ohne Umstiege. Die Verwaltung muss zunächst einmal tragfähige Alternativen vorlegen, die den Nutzern gerecht werden. Es darf keinen vorschnellen Fahrplanwechsel geben, der insbesondere Familien mit kleinen Kindern, ältere Menschen oder bewegungseingeschränkte und blinde Menschen ausgrenzt. Es muss noch einmal eine Diskussion im Ausschuss geben, mit frischen, umsetzbaren und ernstzunehmenden bürgernahen Ideen. Auch eine öffentliche Debatte, zum Beispiel in einer Bürgerversammlung ist erforderlich, wenn es um so weitreichende Veränderungen geht. Nicht nur der Radverkehr muss verbessert werden, sondern auch der Busverkehr.

Auf dem Meere 14-15 Tel.: 0 41 31/23 28 59
21335 Lüneburg Fax: 0 41 31/33 104

Sparkasse Lüneburg
IBAN: DE49 2405 0110 0057 0502 54
BIC: NOLADE21LBG

Vorsitzende:
Andrea Schröder-
Ehlers

Email: info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de
Internet: www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de

Es braucht ein Gesamtkonzept für die Mobilität in der Hansestadt Lüneburg. Vorschneid im Innenstadtbereiche Parkplätze streichen, ohne öffentliche Beteiligung und zugleich den Busverkehr unattraktiver machen, ist kein Konzept, sondern Klientelpolitik. So werden die Bürger:innen nicht mitgenommen und das Kaufhaus Innenstadt wird in schwieriger Zeit weiter gefährdet.

Mit freundlichem Gruß

Handwritten signature of Andrea Schröder-Ehlers in black ink.

Andrea Schröder-Ehlers
Fraktionsvorsitzende

-

01R

ü b e r

a) Dez. III

b) Frau Oberbürgermeisterin Kalisch

**Antrag der SDP-Fraktion vom 30.05.2022 zur Sitzung des Rates am 25.06.2022
„Mobilitätswende in Lüneburg auf zu Lasten der bewegungseingeschränkten Personen,
Familien mit Kindern und älteren Menschen“**

Stellungnahme der Verwaltung

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Varianten zur deutlichen Verbesserung des Stadtbusverkehrs zu erarbeiten, die in öffentlichen Bürgerversammlungen vorzustellen und letztlich im Rat beschließen zu lassen, bevor es zu einem Fahrplanwechsel kommt.**

Die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg hat in ihrer Verkehrsplanung stets die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen der ÖPNV-Nutzer:innen im Blick und ringt bei allen Maßnahmen um eine möglichst alle Bedürfnisse abdeckende Lösung.

Der Landkreis hat als Aufgabenträger des ÖPNV aufgrund der Reaktionen von Bürger:innen und Verbänden die Maßnahme zur Entlastung der Innenstadt vom ÖPNV in dem Straßenzug *Rosenstraße / An den Brodbänken* überdacht und am 1. Juni eine überarbeitete Version, die von der Hansestadt ausdrücklich begrüßt wird, dem Fuss e.V., dem Seniorenbeirat und dem Behindertenbeirat vorgestellt. Diese soll den Bürger:innen in Kaltenmoor und auf dem Kreideberg jeweils im Rahmen einer Informationsveranstaltung in Kooperation mit dem Verkehrsunternehmen KVG umfangreich vorgestellt und erläutert werden. Der Dialog mit den Bürger:innen und die Abfrage nach ihren Mobilitätsbedürfnissen soll hierbei im Mittelpunkt stehen. Im Anschluss an diese Informationsveranstaltungen soll die im Raum stehende Variante, nachdem ggf. weitere Erkenntnisse berücksichtigt wurden, durch die entsprechenden Gremien der Hansestadt (Mobilitätsausschuss – Verwaltungsausschuss – Rat) und des Landkreises (Mobilitätsausschuss – Kreisausschuss – Kreistag) beraten und beschlossen werden. Der Fahrplanwechsel ist für Mitte Dezember 2022 geplant. Aus Sicht des Bereiches Mobilität wird der geforderten Erreichbarkeit der Innenstadt, gerade zum Platz Am Sande, mit dem erweiterten Vorschlag des Landkreises entsprechend Rechnung getragen.

Aufgrund der Vorberatungen des Antrages in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 15.06.2022 wird in Bezug auf das Rollenverhältnis zwischen dem Landkreis Lüneburg als Aufgabenträger für den ÖPNV und der Hansestadt Lüneburg angemerkt, dass mit Vertrag vom 17.09.2013 zwischen Hansestadt und Landkreis Lüneburg die Aufgabenträgerschaft für den Stadtbusverkehr mit Wirkung zum 01.12.2013 an den Landkreis Lüneburg zurückgegeben wurde. Bis zum Auslaufen der seinerzeitigen Linienkonzession der KVG, die von der Landesnahverkehrsgesellschaft erteilt wird, wurde in dem Vertrag eine Finanzierungsvereinbarung getroffen. Aufgrund des seinerzeit gestiegenen Zuschussbedarfs für den ÖPNV, den das Verkehrsunternehmen geltend gemacht hatte, beteiligte sich die Hansestadt Lüneburg bis zum 30.11.2019 an den Kosten zur Durchführung des ÖPNV für das Stadtgebiet. Diese Finanzierungsvereinbarung lief vertragsgemäß bis zum 30.11.2019, während der Vertrag im Übrigen auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde. Für die Finanzierung ab Dezember 2019 gilt hiernach grundsätzlich keine Zuschussvereinbarung. Vielmehr wurde darauf abgestellt, dass der Landkreis Lüneburg als Auf-

gabenträger des ÖPNV für den Stadtverkehr Lüneburg ein auskömmliches Grundangebot darzustellen habe, für dessen Finanzierung allein der Landkreis Lüneburg zuständig ist. Darüber hinausgehende Angebotsleistungen sind durch die Hansestadt Lüneburg zu finanzieren. Die Definition eines bedarfsgerechten Grundangebotes im ÖPNV erfolgt über den Nahverkehrsplan.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auch ihre Vorschläge zur Aufhebung von innerstädtischen Parkplätzen im Rahmen einer öffentlichen Bürgerversammlung und unter Beteiligung der Verbände zu diskutieren, bevor der Rat der Hansestadt abschließend entscheidet.

Die Verwaltung steht zu ihrem Vorschlag zur Reduzierung der innenstadtnahen bewirtschafteten Parkplätze gemäß der Vorlage VO/09993/22 und fügt aufgrund der vielfachen Diskussion hinzu, dass entgegen der breiten Wahrnehmung keinesfalls 125 Parkplätze nahe der Innenstadt wegfallen. Insgesamt werden 80 dieser Stellplätze in der Wallstraße weiterhin zur Verfügung stehen; tatsächlich werden nur 44 Parkplätze wegfallen. Hier wird lediglich die Parkraumbewirtschaftung angepasst, um die Wallstraße in eine echte Fahrradstraße zu wandeln. Der Parkraum in der Wallstraße wird somit in Zukunft vor allem den Anwohner:innen zur Verfügung stehen, welche dann gleichzeitig nicht mehr an anderer Stelle parken werden und somit bewirtschafteten Parkraum freimachen; eine Verlagerung zugunsten der Anlieger:innen wird einsetzen.

Bereits in der Ratssitzung vom 12.05.2022 war von der SPD- und CDU-Fraktion ein Dringlichkeitsantrag mit dem Ziel gestellt worden, dass über den zuvor durch den Verwaltungsausschuss beschlossenen Sachverhalt der Rat selbst entscheiden müsse, weil es sich bei der Aufhebung bzw. Umwandlung der 125 Parkplätze um ein grundlegendes Entwicklungsziel der Kommune im Sinne des § 58 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG handele und damit die ausschließliche Zuständigkeit des Rates gegeben sei.

Dem ist die Verwaltung entgegengetreten und hat den zu beurteilenden Sachverhalt der so genannten Lückenkompetenz des Verwaltungsausschusses zugeordnet. Diese Rechtsauffassung wurde zwischenzeitlich durch den Niedersächsischen Städtetag bestätigt und die Vorsitzenden im Rat der Hansestadt Lüneburg vertretenen Fraktionen sowie die Sprecherin der Gruppe Die Partei/DIE LINKE mit Schreiben vom 01.06.2022 hierüber informiert.

Da im vorliegenden Fall der Verwaltungsausschuss als zuständiges Organ seine Beschlusskompetenz ausgeübt hat, ist eine diesen Beschluss abändernde oder aufhebende Entscheidung des Rates durch einen Vorbehaltsbeschluss im Sinne des § 58 Abs. 3 NKomVG nicht mehr möglich. Die zudem eingeforderte weitergehende Beteiligung der Öffentlichkeit und der Verbände ist durch die Beschlussfassung des Verwaltungsausschusses vom 05.05.2022 sichergestellt.

Denn der mit diesem Beschluss an die Verwaltung erteilte Planungsauftrag zur Neuaufteilung des Verkehrsraumes umfasst Vorschläge für Kompensationsmaßnahmen der entfallenden bzw. umzuwandelnden Parkplätze und bezieht sich auf die jeweilige Einzelmaßnahme. Hierüber wird ein fachlicher Austausch im Arbeitskreis Verkehr, in dem die Verkehrsverbände vertreten sind, erfolgen und entsprechend der Beschlusslage in öffentlicher Sitzung dem Fachausschuss, also dem Mobilitätsausschuss, berichtet. Letzterer hatte, ebenfalls in öffentlicher Sitzung, den Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 05.05.2022 vorberaten.

Zudem wird erneut darauf hingewiesen, dass die seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen der Umsetzung bestehender Beschlusslagen dienen (Radverkehrsstrategie, Fahrradstraßenring).

Kosten für die Erarbeitung der Stellungnahme: 60,00 €

Kipke



Stadtratsfraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 –
Frau

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch

Hansestadt Lüneburg

Am Ochsenmarkt 1

21335 Lüneburg

22.06.2022

Mobilitätswende in Lüneburg zu Lasten der bewegungseingeschränkten Personen, Familien mit Kindern und älteren Menschen stoppen!

Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 9.5 der Sitzung des Rates am 23. Juni 2022

Sehr geehrte Frau Kalisch,

zur Sitzung des Rates am 23. Juni 2022 stellen wir folgenden Änderungsantrag zu unserem Antrag „Mobilitätswende in Lüneburg zu Lasten bewegungseingeschränkter Personen, Familien mit Kindern und älteren Personen stoppen“:

Der Rat beschließt,

1. dem von der Kreisverwaltung vorgelegten veränderten Verfahren, wonach vor einer Änderung des Fahrplanes umfangreiche Beteiligungsprozesse und Bürgerversammlungen in Lüneburg durchgeführt werden und auch Beschlüsse im Rat der Hansestadt vorgesehen sind, wird grundsätzlich zugestimmt. Von der Verwaltung ist sicher zu stellen, dass die Zusagen gegenüber den zu beteiligenden Verbänden dabei auch eingehalten werden.
2. Der Rat begrüßt, dass mittlerweile auch alternative Linienführungen der Stadtbusse erarbeitet worden sind, die Basis dieses Beteiligungsprozesses sind. Es wird aber darauf zu achten sein, dass die Stadtteile auch in einer guten Vertaktung angebunden bleiben.

Begründung:

Um eine nachhaltige Mobilität in der Stadt zu ermöglichen, muss gerade der Stadt-Busverkehr deutlich verbessert und nicht verschlechtert werden. Mit der ursprünglichen vorgelegten Planung wäre dies nicht der Fall gewesen. Nunmehr liegen alternative Planungen vor, die Basis für einen umfangreichen Beteiligungsprozess sind.

Dabei ist aber zu beachten, dass sich insbesondere die Anbindung an den Kreideberg nicht verschlechtert. Der Mobilitätsausschuss des Landkreises hat in seiner Sitzung am 9. Juni 2022 vorgeschlagen,

1. zwei Bürger*innenveranstaltungen in Kaltenmoor und auf dem Kreideberg durchzuführen,

Auf dem Meere 14-15 Tel.: 0 41 31/23 28 59
21335 Lüneburg Fax: 0 41 31/33 104

Sparkasse Lüneburg
IBAN: DE49 2405 0110 0057 0502 54
BIC: NOLADE21LBG

Vorsitzende:
Andrea Schröder-
Ehlers

Email: info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de
Internet: www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de

2. das Thema auf der Sitzung des Mobilitätsgrundsatzsausschusses am 30.Juni 2022 erneut zu beraten,
3. es in der Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt am 4. Juli 2022 erneut zu behandeln,
4. am 11. Juli 2022 den Mobilitätsausschuss des Landkreises in zweiter Lesung erneut mit dem Thema befassen,
5. sofern es eine Verständigung gibt, den Verwaltungsausschuss und den Rat der Hansestadt im September mit den Buslinien zu befassen und
6. abschließend es im September 2022 auf die Tagesordnung des Kreistages zu setzen.
7. Eine Umsetzung würde dann regulär zum Winterfahrplan erfolgen.

Mit freundlichem Gruß



Andrea Schröder-Ehlers
Fraktionsvorsitzende

-